

Der patriotische Konsens in Rußland

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1997). *Der patriotische Konsens in Rußland*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 11/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46811>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der patriotische Konsens in Rußland

Zusammenfassung

Seit 1992 bildet sich in Rußland ein patriotischer Konsens heraus, der den Großteil der politischen Lager und Gruppierungen überspannt. Er kann die insgesamt erstaunliche innenpolitische Stabilität erklären helfen. Zu seinen zentralen Elementen gehören der Groß- und Weltmachtanspruch sowie die Überzeugung von der eigenständigen Kultur, die nicht erlaubt, Rußland als einen Teil des Westens zu betrachten. Der patriotische Konsens ist nostalgisch, will aber nicht die Wiederherstellung des Leninismus oder eine neue Revolution. Das Verhältnis zur Demokratie bleibt ambivalent. Manche tagespolitischen Probleme – wie der Widerstand gegen die Osterweiterung der NATO oder der Anspruch auf die ukrainische Stadt Sewastopol – sind zu einem Teil des patriotischen Konsenses geworden. Insgesamt trägt er zur innenpolitischen Beruhigung bei, ist aber nach außen isolationistisch und potentiell aggressiv.

Bedenkt man die gewaltigen politischen Brüche, die Rußland im vergangenen Jahrzehnt erschüttert haben, die Verschlechterung der Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Menschen oder die Kriminalisierung des Alltags, dann ist erstaunlich, daß es weder zu flächendeckenden sozialen Unruhen noch zu bürgerkriegsähnlichen militärischen Auseinandersetzungen, noch zu einem staatlichen Zerfall der Rußländischen Föderation gekommen ist. Die relative Stabilität läßt sich nicht allein mit der sprichwörtlichen Leidensfähigkeit und Anspruchslosigkeit der Russen erklären oder mit der Strukturlosigkeit der Gesellschaft, die verhindert, daß Armut und Empörung in politische Aktion umschlagen.

Einen wesentlichen Beitrag zur relativen Stabilität leistet der patriotische Konsens, der seit 1992 entsteht und große Teile der alten und neuen Eliten miteinander verbindet. Dieser patriotische Konsens hat tiefe Wurzeln in der Gesellschaft, die in der russischen politischen Sprache nach wie vor "Volk" (narod) heißt. Wahlkämpfe in Rußland, vor allem der Präsidentschaftswahlkampf in der ersten Hälfte des Jahres 1996, suggerierten eine unüberbrückbare Kluft und Spaltung der Gesellschaft in "Rote" und "Weiße", in "Reformer" und "Reaktionäre", in "Demokraten" und "Kommunisten". Es gehört seit Jahren zur rhetorischen Routine, sich und die anderen mit den Gespenstern von drohender Hungersnot, Bürgerkrieg und Zerfall des Staates in Angst und Schrecken zu versetzen und damit zugleich auf die Außenwelt einen latenten erpresserischen Druck auszuüben.

Diese manichäische Weltsicht verdeckt die Tatsache, daß es in wesentlichen politischen Grundsatzfragen einen Konsens gibt, der den größten Teil der politischen Klasse miteinander verbindet und die meisten politischen Gruppierungen und Parteien überspannt. Außerhalb des

patriotischen Konsenses stehen politische Gruppierungen an den äußeren Rändern des politischen Spektrums, und zwar sowohl auf der liberalen, prowestlichen Seite als auch auf der kommunistischen und national-extremistischen Seite. Die "Partei der Macht" mit dem Jelzin-Lager und der überwiegende Teil der KPRF sowie zahlreiche kleinere politische Organisationen und politische Leitfiguren sind dagegen – trotz Kontroversen in Einzelfragen – in einem patriotischen Konsens miteinander verbunden. Welches sind die wesentlichen Inhalte?

1. Rußland durchlebt gegenwärtig eine Schwächeperiode, aber "das große Rußland erhebt sich von den Knien".¹ Rußland ist zur Größe verdammt, so wird häufig argumentiert. Die vergangene und zukünftige Größe wird vor allem aus den gewaltigen geographischen Dimensionen des Landes und seinen großen natürlichen Reichtümern abgeleitet. Die Rußländische Föderation von 1991 ist noch immer das flächenmäßig größte Land der Erde.

Die verlorene Groß- und Weltmachtrolle wird auch in breiten Kreisen der Bevölkerung nicht akzeptiert. Bei einer gesamtrossischen repräsentativen Befragung im März/April 1996 wurden den Respondenten folgende alternative Aussagen vorgelegt: a) "Rußland war immer eine Großmacht. So wird es auch in Zukunft bleiben. Rußland muß in der Welt die gleiche Rolle spielen wie die USA." b) "Die UdSSR war eine Supermacht. Das ist jetzt vorbei. Rußland wird in Zukunft eine Macht sein wie China, Frankreich oder England." 58% der Befragten entschieden sich für die erste Aussage, 18% für die zweite, 10% votierten gegen beide, und 14% meinten, das sei "schwer zu sagen".²

2. Der patriotische Konsens empfindet das Ende der Sowjetunion als etwas Unhistorisches und Widernatürliches. Der "Rat für Außen- und Sicherheitspolitik", eine nichtstaatliche Vereinigung von Politikern und Wissenschaftlern, die der politischen Mitte zuzurechnen sind, lehnte in einem Grundsatzpapier im Mai 1996 die Wiederherstellung der UdSSR als utopisch ab. Aber ebenso verwarf der Rat die These von einem "geopolitischen Pluralismus", der auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR entstanden sei. Vielmehr sei die "Führung Rußlands im größten Teil der geopolitischen Zone" ein "objektiver" Faktor. "Annäherung und Integration" der neuen Staaten würden zunächst zu einer Konföderation und nach 10 bis 15 Jahren zu einer Föderation der meisten Staaten mit Rußland im Zentrum führen.³
3. Nach der Überzeugung des patriotischen Konsenses ist Rußland kein europäisches Land wie jedes andere. Es muß vielmehr aufgrund seiner besonderen Geschichte und Tradition einen eigenständigen "russischen" oder "rußländischen Weg" in die Zukunft suchen. Die im Westen entwickelten ordnungspolitischen Grundsätze von Marktwirtschaft und Demokratie ließen sich wohl auf Polen, nicht aber auf die Rußländische Föderation übertragen.

Niemand in Rußland behauptet, das Land sei heute eine Demokratie. Nach Einschätzung in den Kreisen der "Partei der Macht" wurden in Rußland wichtige Weichenstellungen zur Überwindung des Totalitarismus und zur Einrichtung einer demokratischen Ordnung in der Zukunft vollzogen. Daneben wird aber vielfach die Ansicht geäußert, Rußland sei noch nicht reif für die Demokratie. Auf seiten der kommunistisch-rechtsnationalen "Opposition" ist die Position radikaler: "für die Verwirklichung des Modells der liberalen Demokratie gibt es in Rußland keine Voraussetzungen..."⁴ Die dem patriotischen Konsens zuzurechnende "Opposition" akzeptiert plebiszitäre Elemente der Demokratie und Wahlen, nicht aber das sich gegenseitig in die Schranken weisende Institutionensystem der checks and balances.

Alexander Lebed bewegt sich mit seinem Bonmot, er sei "General" und nicht "liberal" im dichten Strom des patriotischen Konsenses. "In einem Land, in dem es keine Demokratie gibt, habe ich

¹ Boris Jelzin anlässlich seiner Inauguration als Präsident der RSFSR am 10. Juli 1991, in: Izvestija, 10.7.1991.

² Diese Daten wurden im Rahmen der World Values Surveys erhoben, vgl. K. Kääriäinen, Moral Crisis or Immoral Society - Russian Values after the Collapse of Communism, Berichte des BIOst, 1997.

³ Vozrodit'sja li Sojuz? Tezisy Soveta po vnešnej i oboronnoj politike, in: Nezavisimaja gazeta, 23.5.1996.

⁴ Sovremennaja russkaja ideja i gosudarstvo, Obozrevatel', Moskau 1995, S. 48.

nicht das moralische Recht, mich einen Demokraten zu nennen."⁵ Diese Distanz zum Westen wird durch die vollmundige Selbsteinschätzung des Generals als Politiker ergänzt: "Wir Russen, wir können alles."⁶

4. Ein radikaler Rückzug des Staates aus der Wirtschaft nach amerikanischem oder deutschem Vorbild wird abgelehnt. Zwar besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die administrative Planwirtschaft gescheitert ist, bzw. daß ihre Wiederherstellung im postindustriellen Zeitalter ausgeschlossen ist. Aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung gilt ebenso als diskreditiert und ungeeignet für Rußland. Hier verbinden sich antikapitalistische Ressentiments aus zarischer und kommunistischer Zeit mit den jüngsten Erfahrungen, die man mit einem ungezügelten, mafiosen Kapitalismus gemacht hat. Der Mafia-Kapitalismus ist wesentlich dafür verantwortlich, daß die Akzeptanz der Marktwirtschaft deutlich rückläufig ist. Der Anteil der Befürworter der Marktwirtschaft sank zwischen Juni 1993 und Mai 1995 auf die Hälfte: von 42% auf 22% der Bevölkerung.⁷

Gegenwärtig besteht von der Jelzin-Tschernomyrdin-Führung bis in das kommunistisch-rechtsextreme Lager weitgehend Übereinstimmung dahingehend, daß die Regulierung der Wirtschaft auch in Zukunft wie in zarischer und kommunistischer Zeit zentrales Staatsziel sein müsse. Dabei darf sich der Staat nicht auf die Steuereintreibung und das Setzen eines ordnungspolitischen Rahmens für die Wirtschaft beschränken, sondern er muß als Unternehmer, Investor, Lizenzerteiler und Protektor das wichtigste Subjekt im ökonomischen Prozeß bleiben. Eine teilweise Privatisierung steht dem nicht entgegen.

5. Der Zerfall der Sowjetunion hat zu der seit dem Mittelalter nicht mehr existierenden Situation geführt, daß Millionen Russen außerhalb der Grenzen des russischen Staates leben. Die Sorge für die Russen und Russischsprachigen im "nahen Ausland" ist ein zentrales Anliegen des patriotischen Konsenses. Vor allem die baltischen Staaten sind seit 1992 einem publizistischen Trommelfeuer wegen der angeblichen Diskriminierung der russischen Bevölkerung ausgesetzt. Aber auch das Verhältnis zu Kasachstan ist belastet, weil hier die Kasachisierung der Eliten fortschreitet und Hunderttausende von Russen das Land verlassen.

In der Praxis hat die Sorge für die "Landsleute im nahen Ausland" vor allem zwei Aspekte: die politische Rhetorik und die schwierige Aufnahme von Flüchtlingen und Übersiedlern aus den neuen Staaten Zentralasiens und aus dem Kaukasus. Während die Aufnahme von Übersiedlern und Flüchtlingen angesichts der eigenen großen wirtschaftlichen Probleme nicht populär ist, steht die rhetorische Anteilnahme an den Russen im "nahen Ausland" auf einem sicheren populistischen Fundament.

6. Die Russen sind keine Nation wie die Polen oder Franzosen und müssen nach Ansicht des patriotischen Konsenses auch in dieser Hinsicht einen Sonderweg gehen. Träger der Staatlichkeit muß die rußländische Nation werden, zu der neben den über 80% ethnischen Russen im Land auch die Angehörigen der anderen Völker einschließlich der Tschetschenen gehören. Die rußländische Nation wird also als Gemeinschaft der Staatsbürger, als politische Nation, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit definiert. Sie soll insofern die Unverletzlichkeit und Unteilbarkeit der Rußländischen Föderation garantieren.

Auf zwei Probleme sei in diesem Zusammenhang hingewiesen: Die rußländische Nation gibt es heute nicht; sie ist also ein Zukunftsprojekt. Ob diesem Projekt das Schicksal des "Sowjetvolkes" bevorsteht, wird sich zeigen. Bestrebungen zur Schaffung einer rußländischen Nation sind darüber hinaus unvereinbar mit der Vorstellung, die Russen seien eine geteilte Nation, und die Sorge für die Russen im "nahen Ausland" müsse hohe Priorität als Staatsziel haben. Dennoch werden beide

⁵ FAZ, 17.1.1997.

⁶ A. Lebed', *Za deržavu obidno ...*, Moskau 1995, S. 439.

⁷ T.I. Zaslavskaja, *Transformacija social'noj struktury rossijskogo obščestva*, in: Zaslavskaja (Hg.), *Kuda idet Rossija? ...*, Bd. III, Moskau 1996, S. 21.

Positionen im Rahmen des patriotischen Konsenses vertreten. Die daraus folgende terminologische Unsicherheit, aber auch der gefährliche politische Sprengstoff, der hier verborgen liegt, zeigt sich bei Wladimir Lukin, dem Mitbegründer und einem der Führer der demokratischen Partei "Jabloko". Er spricht von zwei Rußland; dem Land und der Nation. Das Land ist die Rußländische Föderation, die Nation schließt alle Russen und Rußländer auch außerhalb der Rußländischen Föderation ein. Die "historische Aufgabe" bestünde darin, daß "diese zwei Rußland ... einander nicht verlieren".⁸ Der patriotische Konsens reicht also weit in die Jawlinskij-Partei "Jabloko" hinein.

7. Der Grund liegt darin, daß der patriotische Konsens zwar viele nostalgische Elemente enthält, aber nicht für die Wiederherstellung des Leninismus oder der Verhältnisse unter Breschnew eintritt. Der patriotische Konsens ist antirevolutionär, und er distanziert sich vom militanten Atheismus. Beide – Revolution und Atheismus – sind in der heutigen Gesellschaft extrem unpopulär.

Der patriotische Konsens stellt sich auf eine Gesellschaft ein, deren Werte sich seit langem von kommunistischen Normen gelöst haben. So genießen die allgemeinen Menschenrechte, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, vor allem aber das Streben nach individuellem Wohlstand und Lebenskomfort hohe Priorität. Dieser Wertewandel hat nicht in nachkommunistischer Zeit eingesetzt, er ist im Gegenteil einer der Gründe für den Untergang der alten Ordnung. Aussagen wie: "Das Leben eines einzelnen Menschen steht höher als beliebige andere Werte"; "das Gesetz ist für alle verbindlich ..."; oder "der Staat ist um so stärker, je größer der Wohlstand seiner Bürger ist" sind heute in hohem Maß konsensfähig.⁹ Erfolgreich werden deshalb Politiker sein, die Großmachtrhetorik und Führungsanspruch für sich und das Land überzeugend mit einem Programm zur Hebung des Lebensstandards und zur Sicherheit der Freiheitsrechte verbinden.

Zum Schluß sollen einige Einstellungen, Werthaltungen und politische Forderungen genannt werden, die nicht zum patriotischen Konsens gehören. Rechtsstaatlichkeit reduziert sich auf die Forderung nach Bekämpfung der Kriminalität, aber die Einsicht, daß eine Sphäre des Rechts grundsätzlich der Politik entzogen ist, stößt auf Unverständnis. Generell fehlt es am Verständnis dafür, daß Demokratie dauerhaft nur durch ein Gefüge von Institutionen gesichert werden kann, die nach einem festgelegten *Procedere* miteinander verzahnt sind. Nach alter Tradition bedeuten in der russischen Politik die Führungspersonen alles, die Institutionen aber nichts, sie werden den Personen angepaßt.

Die weitgehende Bedeutungslosigkeit politischer Parteien löst deshalb keinerlei Beunruhigung aus, im Gegenteil, der patriotische Konsens weist immer wieder voller Stolz darauf hin, daß derartige, eben nur partikulare Interessenlobbies der "ganzheitlichen" russischen Tradition widersprechen. Politischer Pluralismus wird zwar heute in Rußland praktiziert, aber er ist institutionell nur schwach gesichert und deshalb höchst labil. Demokratie als System zur Ordnung der Macht ist in der Bevölkerung nicht fest verankert. Bei der schon genannten Umfrage im März/April 1996 wurden den Respondenten folgende alternative Aussagen vorgelegt: a) "Andere Staaten, Deutschland z.B., sind auch spät zur Demokratie gekommen. Nach einer Übergangsperiode werden sich auch in Rußland, wie in Europa, stabile demokratische Verhältnisse herausbilden." b) "In unserer jetzigen Übergangsperiode wird uns die Demokratie nicht helfen. Rußland ist für die Demokratie noch nicht reif." 25% der Befragten entschieden sich für die erste, 37% für die zweite Aussage; 12% votierten gegen beide, und 26% entschieden sich nicht.

Eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit oder gar die Bestrafung von Verbrechen ehemaliger kommunistischer Führer und Schergen fordert der patriotische Konsens nirgendwo. Die Vorstellung, daß leitende Funktionäre des kommunistischen Regimes keine führenden Posten in einem demokratischen Rußland bekleiden sollten, existiert nicht einmal in Ansätzen.

⁸ V. Lukin, *S trevoj i nadeždoj*: 1994-1995, Moskau o.J., S. 27.

⁹ T. Kutkovec, I. Kljamkin, *Russkie idei. Vozmožno li soglasie v raskolotom obščestve?*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 16.1.1997.

Was schließlich die außenpolitische Stellung des Landes betrifft, so hält der patriotische Konsens keine Orientierung bereit etwa in dem Sinne, das neue Rußland müsse Anbindung an die alten Demokratien des Westens suchen, oder umgekehrt, Rußland müsse seine Freunde und Verbündeten im asiatisch-pazifischen Raum finden, oder aber die Zukunft liege im Nahen Osten. Der patriotische Konsens sieht vielmehr Rußland selbst im Mittelpunkt. Um so größer ist die Verbitterung, daß Rußland kaum Alliierte und Freunde hat, die Anlehnung bei ihm suchen, es sei denn diejenigen, die nicht allein existieren wollen oder können wie Belarus.

Die politischen Konsequenzen des patriotischen Konsenses

Nach den großen Umbrüchen im vergangenen Jahrzehnt weist der patriotische Konsens in Richtung auf Kontinuität und Stabilität. In zentralen Bereichen ist die Politik zum Stillstand gekommen und lebt allenfalls von den Initiativen, die zu Beginn der 90er Jahre angestoßen wurden. Die Regierung Tschernomyrdin war zu neuen Reformansätzen nicht fähig. Weder die dringend erforderliche Steuer- noch die Agrar-, noch die Kommunal-, noch die Militärreform sind in den vier Amtsjahren des Premiers seit Dezember 1992 vorangekommen; dafür ist das Bruttoinlandsprodukt in dieser Zeit um 28% gefallen.¹⁰ Der patriotische Konsens reduziert den Handlungsdruck und leistet der Trägheit Vorschub. Die weitgehende Handlungsunfähigkeit des Präsidenten seit Juni 1996 vergrößerte den Berg ungelöster Probleme weiter.

Eine andere Konsequenz des patriotischen Konsenses ist die Sanktionierung der Kluft zwischen Groß- und Weltmachtansprüchen einerseits und den ökonomischen, politischen und militärischen Realien auf der anderen Seite. Der relative Erfolg des kommunistischen Regimes beruhte auch auf seiner Fähigkeit, mehr zu scheinen als zu sein. Reale ökonomische, soziale und politische Erfolge und Leistungen wurden durch geschichtsteleologische Behauptungen vom notwendig bevorstehenden Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab ersetzt. Insofern liegt das Auseinanderklaffen einer präventiven politischen Rhetorik und den tatsächlichen Verhältnissen den Eliten sozusagen im Blut.

Der patriotische Konsens kann auch erklären helfen, warum es im Parlament weder eine Regierungskoalition noch eine Opposition gibt, jedenfalls nicht im westlichen Verständnis, warum die von Anti-Jelzin-Kräften beherrschte Duma mit großer Mehrheit im Juli 1996 den von Jelzin vorgeschlagenen Kandidaten Tschernomyrdin als Premier bestätigte, oder warum die Duma bisher in jedem Jahr nach einigen parlamentarischen Scharmützeln den Staatshaushalt genehmigt hat. Zwar nicht formal, aber in mancher Hinsicht faktisch besteht in Rußland eine »große Koalition«, d.h. Jelzin hat sich immer wieder bemüht, die starken politischen Kräfte im Lande personell und sachlich in die Exekutive einzubinden. Das hat der politischen Spitze eine erstaunliche Dauer und Stabilität gesichert, aber auch zum Verlust an Reforminitiative beigetragen.

Zwei Beispiele für die Koalition durch Kooptation seien genannt: Nach seiner Wiederwahl im Sommer 1996 holte der Präsident zwei Vertreter der Finanzoligarchie und des neuen Unternehmertums, die inzwischen eine erhebliche Macht darstellen, in die Exekutive. Der Bankier Wladimir Potanin wurde Erster Stellvertretender Ministerpräsident (entlassen im März 1997) und der Unternehmer Boris Beresowskij Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates. Schon seit 1995 ist der Kommunist Walentin Kowaljew (nicht zu verwechseln mit dem ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten Sergej Kowaljew) Justizminister. Er war seit 1993 Mitglied der KPRF-Fraktion der Duma, wenn auch nicht Mitglied der KPRF gewesen – auch das eine Besonderheit des russischen politischen Systems. Nach seiner Wiederwahl berief Jelzin zusätzlich Aman Tulejew als Minister für die Angelegenheiten der GUS in die Regierung, obwohl oder weil Tulejew kommunistischer Kandidat um die Präsidentschaft gewesen war. Er hatte kurz vor dem ersten Wahlgang zugunsten Sjuganows (!) auf seine Kandidatur verzichtet.

Manche tagespolitischen Probleme sind zu einem Teil des patriotischen Konsenses geworden und haben damit prinzipiellen Charakter angenommen, der ihnen bei nüchterner Abwägung der Interessen

¹⁰ O. Moroz, Počemu Černomyrdin ne uchodit v otstavku?, in: Literaturnaja gazeta, 25.12.1996, S. 11.

Rußlands nicht zukommt. Dazu zählen etwa der russische Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung oder der Anspruch auf Sewastopol als Teil Rußlands, aber auch die vergleichsweise zweitrangige Frage des

Eigentums an der sogenannten Beutekunst aus dem Zweiten Weltkrieg. Daß der russische Staat Anspruch als Eigentümer auf die geraubten Kulturgüter hat, ist heute ein so weitgreifender Konsens, daß sich keine russische Regierung in absehbarer Zeit bereit finden dürfte, davon abzugehen, selbst wenn das Beharren auf diesem völkerrechtswidrigen Standpunkt mit erheblichen Nachteilen für das Land verbunden sein sollte.

In den Fragen der NATO-Osterweiterung und der Stadt Sewastopol hat sich die russische Politik ohne Not in eine Sackgasse hineinmanövriert. Eine Politik, die in konkreten Sachfragen Standpunkte und Forderungen vertritt, von denen sie selbst erklärt, sie seien nicht durchsetzbar, ist schlechte Politik. Der Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung ist keine kühl kalkulierte Interessenpolitik, sondern hat sich seit 1993 zu einem Katalysator des patriotischen Konsenses entwickelt. Die Einigkeit fällt um so leichter, als innenpolitische Konfliktfelder ausgespart bleiben, und man sich gegen einen gemeinsamen Feind solidarisieren kann, von dem die meisten wissen, daß er weder ein Feind noch gefährlich ist. So kann man sich in der Rhetorik aneinander wärmen, ohne daß irgendwelche Gegenreaktionen zu befürchten sind. Im Gegenteil, der Westen antwortet auf die geschlossene antiwestliche Rhetorik mit Beschwichtigung und Angeboten zur Zusammenarbeit. Insofern trägt die schlechte Politik sogar unerwartet Früchte.

Die Sewastopol-Frage ist seit 1992 immer wieder hochgespielt worden. Seit Herbst 1996 – gewiß nicht zufällig nach dem Ende des Tschetschenien-Krieges – profilierte sich nun der Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow mit neuen Initiativen in der Sewastopol-Frage. Am 5. Dezember verabschiedete der Föderationsrat fast einstimmig eine von Lushkow im Oberhaus eingebrachte Resolution, in der die Rückgabe Sewastopols an Rußland gefordert wird. Begründet wird der Anspruch durch die abenteuerliche Rechtskonstruktion, Sewastopol sei 1954 gar nicht in die Administration der Ukrainischen SSR übergegangen, weil die Stadt den Status der direkten Unterstellung unter die RSFSR und nicht unter das Gebiet Krim besessen habe.¹¹ Lushkow kann mit seiner Position, "die Stadt wird zu Rußland zurückkehren"¹², auf breite Solidarität in den Eliten und in der Bevölkerung zählen. Bei einer gesamtrußländischen Umfrage im Dezember 1996 stimmten 76,5% der Befragten dem populären Moskauer Bürgermeister zu, daß Sewastopol russisch sei.¹³ Lushkow werden Pläne zum Einstieg in die große Politik nachgesagt.

Auch in der Sewastopol-Frage versteifte sich der Patriotismus auf eine Position, die nicht realistisch und nicht durchsetzbar erscheint. Er setzte sich provokativ in Widerspruch zum Völkerrecht und zu zahlreichen internationalen und bilateralen Garantien für die Unverletzlichkeit der Grenzen. Die russische Politik trägt so ungewollt zur Konsolidierung der ukrainischen Staatlichkeit bei und vergrößert die Distanz zwischen beiden Staaten. Zusammenfassend ist festzustellen, daß der patriotische Konsens beruhigend nach innen, aber isolationistisch und potentiell aggressiv nach außen wirkt.

Gerhard Simon

¹¹ Ju. Lužkov, 'Sevastopol' – Rossijskij gorod na Krymskom poluostrove, in: Izvestija, 1.11.1996; Provokation der Ukraine im russischen Oberhaus, in: NZZ, 6.12.1996.

¹² Literaturnaja gazeta, 22.1.1997, S. 3.

¹³ Argumenty i fakty, 4, Januar 1997, S. 16.